

SEKTION IV - WASSERWIRTSCHAFT

BUNDESMINISTERIUM
FÜR NACHHALTIGKEIT
UND TOURISMUS

Wien, am 27.06.2018

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl
Ihre Nachricht vom

Unsere Geschäftszahl

BMNT-UW.4.1.2/0028-IV/1/2018

Sachbearbeiter(in)/Klappe

Mag. Strondl/606853

alexander.strondl@bmnt.gv.at

Bundesgesetz, mit dem das Abfallwirtschaftsgesetz 2002, das Immissionsschutzgesetz – Luft und das Wasserrechtsgesetz 1959 geändert wird (Aarhus-Beteiligungsgesetz 2018); Begutachtung

Vor dem Hintergrund der Vorgaben des Übereinkommens von Aarhus (Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten) und der darauf Bezug nehmenden Rechtsprechung des EuGH (20.12.2017, Rs C 664/15 „Protect“, u.v.m.), mit welcher der EuGH die Anforderungen für Beteiligungs- und nachträgliche Überprüfungsrechte der (betroffenen) Öffentlichkeit (vor allem auch für Umweltorganisationen) konkretisiert hat, sowie einem gegenüber der Republik Österreich seitens der Europäischen Kommission im Jahr 2014 eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren (Nr. 2014/4111) hinsichtlich einer bestehenden unionsrechtlichen Verpflichtung zur Umsetzung, insbesondere von Art. 9 Abs. 3 der Aarhus Konvention (Anfechtungsrecht), u.a. in den Bereichen Abfall, Luft und Wasser, sind Änderungen bzw. Anpassungen von Bestimmungen des Abfallwirtschaftsgesetzes 2002, des Immissionsschutzgesetzes – Luft und des Wasserrechtsgesetzes 1959 erforderlich.

➤ Zur Änderung des Abfallwirtschaftsgesetzes 2002 (Artikel 1)

Die geplante Novelle des Abfallwirtschaftsgesetzes 2002 soll der Umsetzung von Artikel 9 Abs. 3 des Übereinkommens von Aarhus im Anwendungsbereich der RL 2008/98/EG über Abfälle (Abfallrahmen-RL) dienen.

Um der Verpflichtung aus Art. 9 Abs. 3 des Übereinkommens von Aarhus im Anwendungsbereich des Art. 23 der Abfallrahmen-RL für Abfallbehandlungsanlagen nachzukommen, und so einen effektiven Schutz des EU-Umweltrechts zu sichern, soll für Umweltorganisationen die Möglichkeit einer rechtlichen Überprüfung vor einem nationalen Gericht im Falle einer Verletzung von Umweltrecht im Rahmen des ordentlichen Genehmigungsverfahrens des § 37 Abs. 1 AWG 2002 vorgesehen werden.

Es wird eine Übergangsbestimmung für rechtskräftige Bescheide der letzten 12 Monate geschaffen.

Im Sinne einer möglichst einheitlichen Umsetzung werden die Rechtsmittelfristen des UVP-G (2 + 4 Wochen) für das nachträgliche Überprüfungsrecht herangezogen.

Die Kundmachung der wesentlichen Inhalte der Bescheide erfolgt auf der Homepage der Behörde und auf edm.gv.at. Die Kundmachung der wesentlichen Inhalte der Bescheide bewirkt (binnen 2 Wochen) die Zustellung (Zustellfiktion nach dem Vorbild des UVP-G).

➤ **Zur Änderung des Immissionsschutzgesetzes – Luft (Artikel 2)**

Die geplante Novelle des Immissionsschutzgesetzes – Luft soll der Umsetzung der Judikatur des EuGH und des VwGH sowie der relevanten Bestimmungen über den Zugang zu Gericht der Aarhus-Konvention im Bereich des Luftreinhalterechts dienen.

Für die Luftqualitätsrichtlinie 2008/50/EG ergibt sich aus der Judikatur des EuGH, dass unmittelbar von einer Überschreitung eines Immissionsgrenzwerts in ihrer Gesundheit betroffene Personen sowie nach UVP-G 2000 anerkannte Umweltorganisationen die Erstellung und Überprüfung von Luftqualitätsplänen (Programmen iSv § 9a IG-L) bei den zuständigen Behörden erwirken können müssen.

Aufgrund der unionsrechtlichen Verpflichtung und der dazu ergangenen Judikatur sollen die Bestimmungen des Immissionsschutzgesetzes-Luft (IG-L) betreffend Programme gemäß § 9a geändert bzw. ergänzt werden, um unmittelbar von Grenzwertüberschreitungen betroffenen natürlichen Personen und den nach nationalem Recht anerkannten Umweltorganisation zu ermöglichen, die Erstellung, Evaluierung und Umsetzung von Luftqualitätsplänen (im IG-L gemäß § 9a als Programm bezeichnet) auch gerichtlich überprüfen zu lassen.

➤ **Zur Änderung des Wasserrechtsgesetzes 1959 (Artikel 3)**

Die geplante Novelle des Wasserrechtsgesetzes 1959 soll der Umsetzung des Übereinkommens von Aarhus im Bereich des Wasserrechts dienen.

Mit Urteil des EuGH vom 20.12.2017 in der Rs C 664/15 „Protect“ hat dieser ausgesprochen, dass vor dem Hintergrund der Einhaltung der Vorschriften der Wasserrahmen-RL 2000/60, insbesondere des Verschlechterungsverbots, innerstaatlich anerkannte Umweltorganisationen Beteiligungs- bzw. Anfechtungsrechte in wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren haben müssen.

Aufgrund der unionsrechtlichen Verpflichtung sollen die einschlägigen Bestimmungen des Wasserrechtsgesetzes 1959 geändert werden, um es einer anerkannten Umweltorganisation zu ermöglichen, sich in einem wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren sowie in Genehmigungsverfahren, in dem wasserrechtliche Bestimmungen mit angewendet werden, zu beteiligen und den verfahrensabschließenden Bescheid, vor dem Hintergrund eine Verschlechterung des Zustandes eines Gewässers zu verhindern, anzufechten.

Konkret wird auch ein Modell der Beteiligung einer nach § 19 Abs. 7 UVP-G anerkannten Umweltorganisation bereits im Bewilligungsverfahren, um einen etwaigen Verstoß gegen die Umweltziele des § 104a WRG geltend machen zu können, insbesondere im Fall von möglichen erheblichen negativen Auswirkungen auf den Gewässerzustand, vorgesehen.

Einen möglichen Verstoß gegen die Umweltziele des § 104a WRG kann eine anerkannte Umweltorganisation innerhalb von 4 Wochen nach Erlassung des Bewilligungsbescheides, indem diese den verfahrensabschließenden Bescheid anfechten kann, aufgreifen. Das Anfechtungsrecht besteht für die Umweltorganisation auch ohne vorherige Verfahrensbeteiligung.

Für die Kundmachung der relevanten Bescheide wird die Einrichtung einer elektronischen Plattform der Behörde mit Zugangsrecht für Umweltorganisationen vorgesehen.

Bezüglich schon rechtskräftiger Bescheide wird die rückwirkende Anfechtungsmöglichkeit mit einem Jahr eingegrenzt.

Das Vorhaben hat keine wesentlichen finanziellen Auswirkungen.

Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus ersucht, zum beiliegenden Entwurf bis

8. August 2018

Stellung zu nehmen.

Es wird ersucht, die Stellungnahmen per e-mail an die Adresse abt-18@bmnt.gv.at zu übermitteln.

Sollte bis zum genannten Zeitpunkt keine Stellungnahme beim Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus einlangen, wird davon ausgegangen, dass gegen den Entwurf keine Bedenken bestehen.

Zusatz für die unter Punkt 28. bis 37., 49., 50. genannten Zustellungen:

(alle Ämter der Landesregierungen, Verbindungsstelle der Bundesländer, Österreichischer Städtebund, Österreichischer Gemeindebund)

Gleichzeitig mit dem Begutachtungsverfahren wird das Verfahren hinsichtlich des Konsultationsmechanismus durchgeführt.

Mit freundlichen Grüßen

Ergeht an:

1. Präsidentschaftskanzlei, begutachtung@hofburg.at
2. Parlamentsdirektion, begutachtungsverfahren@parlament.gv.at
3. Rechnungshof, office@rechnungshof.gv.at
4. Volksanwaltschaft, post@volksanw.gv.at; va@volksanw.gv.at
5. Verfassungsgerichtshof, vfgh@vfgh.gv.at
6. Verwaltungsgerichtshof, office@vwgh.gv.at
7. Oberster Gerichtshof, ogh.praesidium@justiz.gv.at
8. Bundeskanzleramt, begutachtung@bka.gv.at
9. BM für öffentlichen Dienst und Sport, begutachtung@bmoeds.gv.at
10. BM für Europa, Integration und Äußeres, Abti5@bmeia.gv.at; kabbm@bmeia.gv.at

11. BM für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz,
begutachtung@sozialministerium.at
12. BM für Bildung, Wissenschaft und Forschung, begutachtung@bmbwf.gv.at
13. BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, begutachtung@bmdw.gv.at
14. BM für Finanzen, e-recht@bmf.gv.at
15. BM für Inneres, begutachtung@bmi.gv.at
16. BM für Landesverteidigung, begutachtung@bmlv.gv.at
17. BM für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz, begutachtung@bmvrj.gv.at
18. BM für Verkehr, Innovation und Technologie, pr3@bmvit.gv.at; post@bmvit.gv.at
19. Staatssekretär Mmag. DDr. Hubert Fuchs, hubert.fuchs@bmf.gv.at
20. Staatssekretärin Mag. Karoline Edtstadler, Karoline.edtstadler@bmi.gv.at
21. Datenschutzrat, dsr@bmvrj.gv.at
22. Datenschutzbehörde, dsb@dsb.gv.at
23. Finanzprokurator, post.fp00.fpr@bmf.gv.at
24. Umweltbundesamt, begutachtung@umweltbundesamt.at; office@umweltbundesamt.at
25. Statistik Austria, begutachtung@statistik.gv.at
26. Österr. Bundesbahnen, katharina.guenther@oebb.at; katharina.schelberger@oebb.at;
erich.kolb@oebb.at
27. Österr. Bundesforste AG, stefan.danczul@bundesforste.at
28. Verbindungsstelle d. Bundesländer, vst@vst.gv.at
29. Burgenländische Landesregierung, post.gs-vd@bgld.gv.at
30. Kärntner Landesregierung, post.abt2v@ktn.gv.at
31. Niederösterr. Landesregierung, post.landnoe@noel.gv.at
32. Oberösterr. Landesregierung, verfd.post@ooe.gv.at
33. Salzburger Landesregierung, buero-lad@salzburg.gv.at; landeslegistik@salzburg.gv.at
34. Steiermärkische Landesregierung, post@stmk.gv.at
35. Tiroler Landesregierung, verfassungsdienst@tirol.gv.at
36. Vorarlberger Landesregierung, amtdvtr@vorarlberg.at
37. Wiener Landesregierung, post@mda.magwien.gv.at
38. Bundesverwaltungsgericht, einlaufstelle@bvwg.gv.at
39. LVwG Burgenland, verwaltungsgericht@bgld.gv.at
40. LVwG Kärnten, post.lvwg@ktn.gv.at
41. LVwG im Land NÖ, post@lvwg.noel.gv.at
42. Oö. LVwG, praesidium@lvwg-ooe.gv.at [mailto:](mailto:praesidium@lvwg-ooe.gv.at)
43. LVwG Salzburg, post@lvwg-salzburg.gv.at

44. LVwG für die Steiermark, lvwg@lvwg-stmk.gv.at
45. LVwG in Tirol, post@lvwg-tirol.gv.at
46. LVwG des Landes Vorarlberg, post@lvwg-vorarlberg.at
47. VwG Wien, post@vgw.wien.gv.at
48. Verwaltungsrichter-Vereinigung, scm@uvs.magwien.gv.at
49. Österr. Gemeindebund, office@gemeindebund.gv.at
50. Österr. Städtebund, post@staedtebund.gv.at
51. Wirtschaftskammer Österreich, agb@wko.at
52. Bundesarbeitskammer, begutachtungen@akwien.at; uv@akwien.at
53. Landwirtschaftskammer Österreich, office@lk-oe.at
54. Österr. Rechtsanwaltskammertag, rechtsanwaelte@oerak.at
55. Bundeskammer d. Architekten u. Ingenieurkonsulenten, office@arching.at
56. Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs, heidrun.maier-dekruiff@voewg.at
57. Österreichischer Gewerbeverein, h.kainz@gewerbeverein.at,
e.scheidl@gewerbeverein.at, s.blahut@gewerbeverein.at
58. FV Abfallwirtschaft, abfallwirtschaft@wko.at
59. rechtswissenschaftl. Fakultät d. Univ. Wien, online.juridicum@univie.ac.at
60. rechtswissenschaftl. Fakultät d. Univ. Graz, rewi.dekanat@uni-graz.at; doris.vones@uni-graz.at
61. rechtswissenschaftl. Fakultät d. Univ. Innsbruck, dekanat-rechtswiss@uibk.ac.at
62. rechtswissenschaftl. Fakultät d. Univ. Linz, dekanat-re@jku.at
63. rechtswissenschaftl. Fakultät d. Univ. Salzburg, nikolaj.jurcenko@sbg.ac.at;
astrid.koch@sbg.ac.at; rw.dekanat@sbg.ac.at
64. Austrian Standards Institute, office@austrian-standards.at
65. Vereinigung der Österr. Industrie, iv.office@iv-net.at
66. Österr. Gewerkschaftsbund, grundsatz@oegb.at
67. Kuratorium für Verkehrssicherheit, rechtsabteilung@kfv.at
68. ÖAMTC, rechtsdienste@oeamtc.at
69. Auto-, Motor- u. Radfahrerbund, id@arboe.at; recht@arboe.at
70. Verkehrsclub Österreich, vcoe@vcoe.at
71. Verband d. Elektrizitätswerke Österreichs, info@oesterreichsenergie.at
72. Kleinwasserkraft Österreich, office@ooe-kleinwasserkraft.at
73. Vereinigung Österreichischer Elektrizitätswerke, GF Mag. Roland Tropper,
roland.tropper@voeew.at

74. Österr. Wasser- u. Abfallwirtschaftsverband, buero@oewav.at
75. Österr. Vereinigung für Gas und Wasser, office@ovgw.at
76. ARGE DATEN – österr. Gesellschaft f. Datenschutz, info@argedaten.at;
begutachtung@argedaten.at
77. Österr. Fischereiverband, office@fischerei-verband.at
78. Österr. Kuratorium für Fischerei und Gewässerschutz, office@oekf.at
79. Österreichischen Verband für Fischereiwirtschaft und Aquakultur, oevfa@lk-noe.at
80. ASFINAG, office@asfinag.at; hubert.resch@asfinag.at; florian.kubin@asfinag.at
81. EU-Umweltbüro, office@eu-umweltbuero.at
82. Umweltdachverband, office@umweltdachverband.at;
83. Ökobüro, office@oekobuero.at
84. Aktion21- Pro Bürgerbeteiligung, office@aktion21.at
85. Plattform Saubere Luft, Luftplattform@umweltbundesamt.at
86. Österr. Arbeitsring für Lärmbekämpfung, office@oal.at
87. Österr. Baustoffrecyclingverband, brv@brv.at
88. Österr. Gesellschaft für Umwelt und Technik, office@oegut.at
89. Umweltanwaltschaft des Landes Burgenland, umweltanwalt.burgenland@bgld.gv.at
90. Umweltanwaltschaft des Landes Kärnten, kaernten.umweltanwalt@ktn.gv.at
91. Umweltanwaltschaft des Landes Niederösterreich, post.lad1ua@noel.gv.at
92. Umweltanwaltschaft des Landes Oberösterreich, uanw.post@ooe.gv.at
93. Umweltanwaltschaft des Landes Salzburg, office@lua-sbg.at
94. Umweltanwaltschaft des Landes Steiermark, umweltanwalt@stmk.gv.at
95. Umweltanwaltschaft des Landes Tirol, landesumweltanwalt@tirol.gv.at
96. Umweltanwaltschaft des Landes Vorarlberg, office@naturschutzanwalt.at
97. Umweltanwaltschaft des Landes Wien, post@wua.wien.gv.at
98. Verband österr. Entsorgungsbetriebe, voeb@voeb.at
99. WWF Österreich, wwff@wwf.at

Für die Bundesministerin:

SCⁱⁿ DI Patek

Elektronisch gefertigt!

